



DJB e.V. Breitscheidstr. 43c 16321 Bernau

Demokratisches JugendFORUM Brandenburg e.V. (DJB)

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
z.H. Winfriede Schreiber
Abteilung Verfassungsschutz
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam

zur Kenntnis an:
Innenminister Rainer Speer
Geschäftsstelle des Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Bernau, 20.9.2010

Sehr geehrte Frau Schreiber,

wir möchten Sie mit diesem Schreiben bitten, das Veranstaltungskonzept zum Thema "politischer Extremismus", das von Ihrer Behörde verantwortet und gegenwärtig vom Verfassungsschutz Brandenburg durchgeführt wird, fachlich und methodisch zu überarbeiten bzw. auszusetzen. Die Art und Weise, wie Veranstaltungen aktuell von Referenten des Verfassungsschutzes durchgeführt werden, sind geeignet, von neofaschistischen Organisationen sowohl zu Ausbildungs- wie auch zu Mobilisierungszwecken missbraucht zu werden.

Diese Beobachtungen möchten wir anhand der Veranstaltung "Politischer Extremismus in Märkisch-Oderland", die am 7.9.2010 in Strausberg stattfand, konkretisieren.

1. Umgang mit Videomaterial

Auf der Veranstaltung präsentierte ihr Mitarbeiter Herr Meyer-Plath komplette Videos und Lieder von Brandenburger Neonazi-Organisationen, wie zum Beispiel Werbevideos von der Webseite "<http://spreelichter.info>", als auch Beispiele neofaschistischer Musikvideos. Bildmaterial lockert zwar jeden Vortrag immer auf und hilft Komplexität anschaulich zu machen. Dennoch ist bei dem Wiedergeben von Propaganda- und Werbematerialien besondere Vorsicht geboten. Wenn solch Werbematerial wiedergegeben wird, ohne Bildsprache, Ästhetik und darin enthaltene Ideologien ausführlich zu analysieren, wird dieses Material als Werbemittel seine Wirkung entfalten.

Dies möchten wir an einem Beispiel ausführen:

Herr Meyer-Plath erörterte das Verhältnis von neofaschistischen Kameradschaften zur NPD und stellte in diesem Kontext die Medienkompetenz und Professionalität von Südbrandenburger neofaschistischen Strukturen dar. Um diese These zu untermauern, führte er ein Kampagnenvideo

einer Kameradschaft vor, dass über die Webseite <http://spreelichter.info> erreichbar ist. Bei der vorgestellten Kampagne handelte es sich um eine aktuelle Kampagne, die unter dem Titel "Demokraten bringen uns den Volkstod" in etlichen Brandenburger Städten auftaucht. Das vorgestellte Video ist als Werbevideo angelegt, das offensichtlich jugendkulturell wirken soll. Neben dem Kampagnenslogan "Demokraten bringen uns den Volkstod" gibt es keinen weiteren gesprochenen oder geschriebenen Text in diesem Video sondern lediglich schnell geschnittene Aktionsbilder von in dunklen Kutten bekleideten Menschen, die ein Transparent mit dem genannten Kampagnenslogan aufhängen.

Dieses Video wäre sicher gutes Beispielmateriale in einem Vortrag, der sich an ein Fachpublikum wendet, das viel Wissen über neofaschistische Strukturen und Ideologien hat und bei dem eine gefestigte demokratische Grundhaltung anzunehmen ist. Als solches Fachpublikum wäre zum Beispiel das "Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" vorstellbar. Da könnte dieses Video beispielhaft zeigen, dass es in Brandenburg Neonazistrukturen gibt, die finanzielle Ressourcen aufbringen können, um sehr aufwendige Filmproduktionen durchführen zu können und die gleichzeitig kampagnenfähig und jugendkulturell ausdrucksstark sind. Nach dem Zeigen eines solchen Videos vor so einem Fachpublikum wäre daher wichtig zu erörtern, wie teuer vermutlich solche Produktionen sind, an welchen Orten diese Kampagne bereits aufgetreten ist, ob sie nach Einschätzung des Verfassungsschutzes Brandenburg bei Jugendlichen mobilisierend wirkt, wie die örtliche Bevölkerung auf das Auftreten dieser Kampagne reagiert etc. Allein das Video abzuspielen und kaum kontextualisierenden Informationen anzubieten, wäre auch vor Fachpublikum wenig aussagekräftig und wenig hilfreich.

Wenn ein solches Video jedoch vor einem breiten, unbekanntem Publikum, vor der "Mitte der Gesellschaft" vorgeführt wird, ergibt sich allerdings ein massives Problem:

Werbevideos arbeiten mit impliziten Werbebotschaften, die ein Publikum subtil und emotional ansprechen. Es wird ein "Gefühl" zu einem Produkt erzeugt. Dieses "Gefühl" lässt sich im Rahmen eines Vortrags - wenn es einmal erzeugt wurde - schlecht bearbeiten. Wenn Menschen diesem Video ausgesetzt werden, die wenig über Ideologie, Struktur, Arbeitsweise von Neonazis wissen, die wahrscheinlich auch wenig über Aufbau, Struktur und Funktionsweise von Werbung wissen, wird bei diesen Menschen in erster Linie dieses Werbevideo seine Wirkung haben: es wirkt werbend. Es ist nicht möglich, anhand von Werbevideos neofaschistische Ideologie zu demaskieren oder ihre Gefährlichkeit zu bebildern, weil diese Videos eben nicht dokumentarisch sondern propagandistisch aufgebaut sind.

Herr Meyer-Plath unternahm auf der Veranstaltung in Strausberg den Versuch, die Neonazi-Ideologie in dem genannten Video herauszustellen, in dem er nach Vorführen des gesamten Videos die Frage an das Publikum stellte, was mit dem Begriff "Volkstod" gemeint sei. Dass anwesende Neonazis diese Gelegenheit nutzten, um ihre Ideologie noch einmal öffentlich kund zu tun, ist wenig überraschend. Überraschend war, dass auf die Äusserungen wie "Volkstod bedeutet, dass deutsche Frauen keine deutschen Kinder mehr bekommen" und "Volkstod bedeutet, dass im Wedding so eine Überfremdung stattfindet und die Deutschen gegen die Ausländer nicht mehr zusammenhalten" von dem Referenten nicht reagiert wurde. Es ist problematisch genug, als Referent mit einer solchen Frage ein unbekanntes öffentliches Publikum anzusprechen, ohne vorher abzufragen, wie demokratisch gefestigt das Publikum ist. Wenn aber aus dem Publikum Antworten kommen, die offenlegen, dass eine fehlende Abgrenzung zu neofaschistischen Ideologien vorhanden ist, dann muss der Referent das problematisieren und umgehend klären, ob es sich bei den genannten Personen um organisierte Neonazis handelt oder um Bürger, die von dem Werbevideo vielleicht einfach nur angesprochen wurden. In beiden Fällen muss ein Referent einer solchen Veranstaltung unbedingt auf solche Äusserungen reagieren und darf sie nicht mit "Ja, so

denken die Rechtsextremen" darüber hinweg gehen.

Konkret leiten wir aus den Vorkommnissen folgende Forderungen ab:

1. Neonazi-Propaganda-Videos dürfen lediglich vor einem ausgewiesenen Fachpublikum gezeigt werden.
2. Neonazi-Propaganda-Videos sollten auch da nicht in kompletter Länge gezeigt werden.
3. Videomaterial, das auf öffentlichen Veranstaltungen zur Veranschaulichung neofaschistischer Ideologie und Gefährlichkeit aufgeführt wird, ist sorgfältig hinsichtlich Ästhetik, Bildsprache, Videoschnitt und ideologischen Aussagen zu analysieren.
4. Bildmaterial ist vorsichtig und umsichtig einzusetzen. Ein Vortrag der neofaschistisch Organisationen problematisieren will, darf nicht zu einer Bilderschau neofaschistischer Propaganda werden.

2. Umgang mit Neonazis im Publikum

Nach einer Einführung in die Thematik und dem Abspielen diverser Videoclips öffnete Herr Meyer-Plath seinen Vortrag für Wortbeiträge aus dem Publikum mit der Frage, was mit dem Begriff "Volkstod" gemeint sei. Wie oben angedeutet, meldeten sich sofort drei Besucher, die nacheinander in inhaltlich ungebrochener Fortführung zu den Videos den Begriff "Volkstod" im Sinne einer völkischen und antidemokratischen Ideologie erläuterten, nicht aber kritisierten. Ab diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass es sich hier um die so genannte Wortergreifungsstrategie von Neonazis handeln könnte.

Wie beschrieben, hat der Referent dieses Auftreten in keiner Weise problematisiert und statt dessen die Wortbeiträge der Neonazis in seinen Vortrag eingebunden und diesen fortgesetzt. Einzelne Neonazis forderten den Referenten daraufhin mit Zwischenrufen wie "Spielen Sie doch mal etwas von Frank Rennecke, da werden sie sehen, das gar nicht zu Gewalt aufgerufen wird" auf, weitere Nazi-Musik-Videos zu spielen. Dieser Bitte ist der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Brandenburg mit dem Kommentar "Auf Wunsch eines einzelnen Herrn kann ich Ihnen weitere Beispiele von rechtsextremer Propaganda zeigen." nachgekommen.

Auch als andere Teilnehmer aus dem Publikum baten, diese Art der Werbung für Neonazis-Ideologie zu unterlassen, weil deutlich werde, welchen Geist die Gruppe der Zwischenrufer vertritt, beendete der Referent nicht die aktive Einbindung der Neonazis in seinen Vortrag.

Unwiderrprochen durch den Referenten und durch die Veranstaltungsleitung wurde so durch Neonazis z.B. gefordert, antifaschistisches Engagement als "volksfeindlich" zu verbieten. Deutlich wurde auch, wie wortgewandtere und diskussionserfahrenere Neonazis ihre bis dahin stillen "Kameraden" aufforderten, jetzt auch ihre Meinung zu äußern und zu Wortbeiträgen ermutigten. Dies wurde durch die Moderation und den Referenten toleriert.

Wir gehen davon aus, und der Internet-Beitrag der NPD Märkisch-Oderland (<http://www.npd-mol.de/08-09-2010/343>) spricht hier unseres Erachtens eine klare Sprache, dass sich Neonazi-Führungskräfte gezielt an der Veranstaltung beteiligt haben. Vermutlich sind diese Personen sogar maßgeblich am Aufbau von lokalen neonazistischen Strukturen in Ostbrandenburg beteiligt.

Von Mitarbeitern ihrer Institution hätten wir eigentlich erwartet, dass hier eine hinreichende Fachkenntnis vorliegt, die es Ihren Mitarbeitern ermöglicht, solche Neonazi-Führungskräfte zu identifizieren; nicht zuletzt dann, wenn sie sich, wie in Strausberg geschehen, entsprechend gebärden. Ihre Mitarbeiter haben hier ohne Not Raum für deren Propaganda geöffnet und ihnen ein Ausbildungsfeld für ihre Kader eröffnet. So kann es den Neonazis gelingen, öffentliche Veranstaltungen für Schulungszwecke und damit den Strukturausbau zu missbrauchen.

Im Aktionsbündnis gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus des Landes Brandenburg, dem wir seit unserer Kampagne "Aktion Noteingang" angehören, haben wir im April 2008 gemeinsam eine klare Linie beschlossen, um zu verhindern, dass NPD-Kader demokratische Veranstaltungen für ihre Zwecke instrumentalisieren. Sie können diese Handreichung, die von allen am Bündnis beteiligten Organisationen und Einzelpersonen erarbeitet und abgestimmt wurde, in dem Heft "Was Demokraten gegen Rechtsextreme tun können" nachlesen, das überall im Land verteilt wurde (eine .pdf-Version finden Sie hier: http://www.aktionsbueundnis-brandenburg.de/sites/default/files/Was_Demokraten_tun_koennen.pdf).

Konkret leiten wir aus den Vorkommnissen folgende Forderungen ab:
(zitiert aus der o.g. Handreichung "Was Demokraten gegen Rechtsextreme tun können", Seite 27)

1. Seien Sie inhaltlich vorbereitet auf die zentralen rechtsextremen Argumentationsmuster und politischen Themenfelder.
2. Geben Sie vor Ihrer eigentlichen Rede eine Erklärung ab, dass es nicht Ihrem Wunsch entspricht, hier gemeinsam mit rechtsextremen Organisationen zu sitzen, da sie außerhalb des demokratischen Grundkonsenses stehen.
3. Gehen Sie als Moderator/in kommunikativ nicht auf deren Parolen ein. Weisen Sie diese gegenüber dem Publikum offensiv zurück, ohne sich von den rechtsextremen Akteuren in eine Diskussion verwickeln zu lassen.
4. Achten Sie darauf, dass rassistische, antisemitische, sexistische, menschenverachtende und den Nationalsozialismus leugnende oder verharmlosende Äußerungen nicht unhinterfragt stehen bleiben. Widersprechen Sie aktiv!

Die urdemokratische Haltung, organisierte Neonazis nicht als gleichwertige Diskussionspartner zu akzeptieren, hat sich vielerorts und über Brandenburg hinaus durchgesetzt. Das ist der aktuelle Konsens der Demokraten. Dafür haben wir mit vielen Schulungen für und mit Bürgerinitiativen, Fachleuten aus Hochschule, Wirtschaft und Kultur sowie Lokalpolitikern gearbeitet. Das, was bei der Veranstaltung der CDU in Strausberg unter Mitwirkung des Verfassungsschutzes geschehen ist, schadet dieser Arbeit.

Wenn Ihre Behörde anderer Auffassung sein sollte, erklären Sie uns bitte, was Sie damit bezwecken, Neonazis und der NPD ein Forum zu bieten - andernfalls bitten wir Sie, künftig dafür Sorge zu tragen, dass dies nicht geschieht.

Wir bitten Sie eindringlich, keine weiteren Veranstaltungen dieser Art anzubieten, bis ein Veranstaltungskonzept existiert, das Vorfälle dieser Art ausschließen kann. Wir gehen davon aus, dass es im Interesse Ihres Ministeriums und der Ihnen unterstellten Behörde sein müsste, alles dafür zu tun, dass neofaschistische Organisationen, vor allem aber auch neofaschistische Parteien wie die NPD, in jeder erdenklichen Weise in ihrem Strukturaufbau zu behindern sind.

mit freundlichen Grüßen,

Susanne Lang, Knut-Sören Steinkopf
(DJB e.V. und Besucher der o.g. Veranstaltung)